

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2021/204431]

**15. JULI 2021 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der
Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung**

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung, Artikel 7 Absatz 4, Artikel 8 § 3 Nummer 2, Artikel 9 Absatz 2 und Artikel 12 Absatz 2 Nummern 1 bis 4;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 19. April 2021;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 20. April 2021;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 69.353/1 des Staatsrates, das am 3. Juni 2021 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des für die Kinderbetreuung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 3. September 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 10 wird aufgehoben.
2. In Nummer 19 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
3. Folgende Nummer 20 wird eingefügt:

„20. Onlineportal: eine den Dienstleistern sowie den Erziehungsberechtigten von der Regierung zur Verfügung gestellte digitale Plattform der Kinderbetreuung zur Information, Reservierung, Verwaltung und Vergabe von Kinderbetreuungsplätzen.“

Art. 2 - Artikel 10 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. Die Wortfolge „Artikeln 72 § 2 Absatz 2“ wird durch die Wortfolge „Artikeln 72 § 2 Absatz 3“ ersetzt.
2. Der Betrag „2,09“ wird durch den Betrag „2,26“ ersetzt.
3. Das Wort „94“ wird durch die Wortfolge „94, 94.1“ ersetzt.
4. Das Wort „106,“ wird gestrichen.
5. Die Wortfolge „76 § 1, § 2 Absatz 1 und § 3“ wird durch die Wortfolge „76 § 1, § 2 Absatz 1, § 3 und § 4“, die Wortfolge „116 Absatz 1“ wird durch die Wortfolge „116 Absatz 1, 116.1 § 2 Absatz 1“ und die Wortfolge „135 § 1 Absätze 1 und 2 sowie 137“ wird durch die Wortfolge „135 § 1 Absätze 1 und 2, 137, 160.1 sowie 160.2“ ersetzt.

Art. 3 - In Artikel 18 desselben Erlasses wird die Wortfolge „, Mini-Krippen“ gestrichen.

Art. 4 - Artikel 32 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort „Jeweils“ durch das Wort „Mindestens“ ersetzt.
2. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

„Gemäß Artikel 7 Absatz 2 des Dekrets ist das Einreichen eines positiven Brandschutzgutachtens des zuständigen Feuerwehrkommandanten nicht erforderlich, insofern die Kinderbetreuung in einer Niederlassung einer von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Regel- oder Fördergrundschule oder in Räumlichkeiten, die dieser angegliedert sind, stattfindet.“

Art. 5 - Artikel 37 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2.1, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017, werden die Wortfolgen „oder einer Mini-Krippe,“ und „oder der Mini-Krippe“ gestrichen.
2. In § 3 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„Handelt es sich um die vorläufige Anerkennung eines Standortes der außerschulischen Betreuung, ist gemäß Artikel 7 Absatz 2 des Dekrets und in Abweichung von § 1 Nummer 16 kein Brandschutzgutachten beizufügen, insofern die Kinderbetreuung in einer Niederlassung einer von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Regel- oder Fördergrundschule oder in Räumlichkeiten, die dieser angegliedert sind, stattfindet.“

Art. 6 - In Artikel 38 desselben Erlasses wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz 2 eingefügt:

„Handelt es sich um einen Antrag auf Anerkennung eines Standortes der außerschulischen Betreuung, der die Kinderbetreuung in einer Niederlassung einer von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Regel- oder Fördergrundschule gewährleistet, prüft der Fachbereich die Räumlichkeiten in Abweichung von Absatz 1 nicht.“

Art. 7 - In Artikel 42 § 1 desselben Erlasses wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Zusätzlich teilen die Standorte der außerschulischen Betreuung dem Fachbereich während der Dauer der vorläufigen Anerkennung innerhalb von 15 Tagen jede Änderung zu der in Artikel 37 § 1 Absatz 2 Nummer 7 erwähnten Infrastruktur schriftlich mit, insofern die Kinderbetreuung in einer Niederlassung einer von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Regel- oder Fördergrundschule gewährleistet wird.“

Art. 8 - In Artikel 43 desselben Erlasses wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz 2 eingefügt:

„In Abweichung von Absatz 1 unterliegen Änderungen zu der in Artikel 37 § 1 Absatz 2 Nummer 7 erwähnten Infrastruktur eines Standortes der außerschulischen Betreuung keiner vorherigen Genehmigungspflicht, insofern die Kinderbetreuung in einer Niederlassung einer von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Regel- oder Fördergrundschule gewährleistet wird.“

Art. 9 - In Artikel 47 § 1 desselben Erlasses wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Zusätzlich teilen die Standorte der außerschulischen Betreuung dem Fachbereich während der Dauer der Anerkennung innerhalb von 30 Tagen jede Änderung zu der in Artikel 37 § 1 Absatz 2 Nummer 7 erwähnten Infrastruktur schriftlich mit, insofern die Kinderbetreuung in einer Niederlassung einer von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Regel- oder Fördergrundschule gewährleistet wird.“

Art. 10 - In Artikel 48 desselben Erlasses wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz 2 eingefügt:

„In Abweichung von Absatz 1 unterliegen Änderungen zu der in Artikel 37 § 1 Absatz 2 Nummer 7 erwähnten Infrastruktur eines Standortes der außerschulischen Betreuung keiner vorherigen Genehmigungspflicht, insofern die Kinderbetreuung in einer Niederlassung einer von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Regel- oder Fördergrundschule gewährleistet wird.“

Art. 11 - Artikel 62 § 1 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Tabelle wie folgt ersetzt:

Anzahl zugelassene konventionierte Tagesmütter/-väter	Anzahl Vollzeitäquivalent sozial-pädagogisches Fachpersonal
1-18	1 1/2
19-24	2
25-30	2
31-36	2 1/2
37-42	3
48-53	3
54-59	3
60-65	3 1/2
66-71	3 2/3
72-77	4
78-83	4 1/2
84-89	4 2/3
90-95	5
96-101	5 1/2
102-107	5 2/3
108-113	6

2. Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

„Für die Berechnung des Personalschlüssels wird die Höchstanzahl zugelassener konventionierter Tagesmütter/-väter des jeweiligen Kalenderjahres berücksichtigt.“

Art. 12 - Artikel 71 § 3 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 3 wird die Wortfolge „findet die in Artikel 72 § 4 erwähnte Anpassung“ durch die Wortfolge „finden die in Artikel 72 § 2 Absatz 2 und § 4 erwähnten Anpassungen“ ersetzt.

2. In Absatz 4 wird die Wortfolge „findet die in Artikel 72 § 4 erwähnte Anpassung“ durch die Wortfolge „finden die in Artikel 72 § 2 Absatz 2 und § 4 erwähnten Anpassungen“ ersetzt.

Art. 13 - Artikel 72 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz 2 eingefügt:

„Die Bezuschussung der Personalkosten des sozial-pädagogischen Fachpersonals wird jährlich auf Grundlage der Höchstanzahl zugelassener konventionierter Tagesmütter/-väter des jeweiligen Kalenderjahres angepasst.“

2. In § 4 wird zwischen die Wortfolgen „der Personalkosten“ und „auf der Grundlage“ die Wortfolge „des im Sekretariat des Tagesmütterdienstes beschäftigten Sachbearbeiters“ eingefügt.

Art. 14 - Artikel 74 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

„Art. 74 - Für die Verwaltungskosten erhält der Tagesmütterdienst pro betreutes Kind folgende Zuschüsse:

1. 0,71 Euro für eine Ganztagsbetreuung;
2. 0,71 Euro für eine Halbtagsbetreuung;
3. 0,24 Euro für eine Dritttagsbetreuung;

4. 0,24 Euro für eine Langzeitbetreuung.

Pro betreutes Kind kann der Tagesmutterdienst pro Öffnungstag höchstens einen Zuschuss für eine Ganztagsbetreuung oder einen Zuschuss für eine Halbtagsbetreuung oder einen Zuschuss für eine Dritttagsbetreuung erhalten.

Zusätzlich zu dem Zuschuss für eine Ganztagsbetreuung kann der Tagesmutterdienst einen Zuschuss für eine Langzeitbetreuung erhalten.

Artikel 134.1 ist für die Anwendung des vorliegenden Artikels entsprechend anwendbar.“

Art. 15 - Artikel 76 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. § 2, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird wie folgt ersetzt:

“ § 2 - Zusätzlich erhält der Tagesmutterdienst für jede/n konventionierte/n Tagesmutter/-vater, die/der gemäß Artikel 125 an Weiterbildungen teilgenommen hat, eine Jahrespauschale gemäß nachfolgender kumulativer Tabelle:

Ab 10 Stunden/Jahr	67,71 EUR
Ab 15 Stunden/Jahr	101,57 EUR
Ab 20 Stunden/Jahr	135,42 EUR

Diese Jahrespauschale ist der/dem teilnehmenden konventionierten Tagesmutter/-vater gemäß Artikel 137 ausbezahlen.

Um in den Genuss dieses Weiterbildungszuschusses zu kommen, legt der Tagesmutterdienst zum 1. Februar eines jeden Jahres dem Fachbereich eine Liste der Weiterbildungsteilnehmer und deren absolvierte Anzahl Weiterbildungsstunden vor.“

2. Folgender § 4 wird eingefügt:

“ § 4 - Der Tagesmutterdienst erhält eine Jahrespauschale von höchstens 5.169,44 Euro, um den konventionierten Tagesmüttern eine mobile Internetverbindung im Rahmen ihrer Zusammenarbeit mit den Zentren für Kinderbetreuung bereitzustellen.“

Art. 16 - In Artikel 82 § 3 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird der Betrag “2,09” durch den Betrag “2,26” ersetzt.

Art. 17 - Artikel 88 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird die Tabelle wie folgt ersetzt:

Anzahl Betreuungsplätze	Anzahl Vollzeitäquivalent Kinderbetreuer
18	3
21	3,5
24	4
27	4,5
30	5
33	5,5
36	6
39	6,5
42	7
45	7,5
48	8
51	8,5
54	9
57	9,5
60	10
63	10,5
66	11
69	11,5
72	12

2. In § 2 wird die Tabelle wie folgt ersetzt:

Anzahl Betreuungsplätze	Anzahl Vollzeitäquivalent sozial-pädagogisches Fachpersonal
18	0,5

Anzahl Betreuungsplätze	Anzahl Vollzeitäquivalent sozial-pädagogisches Fachpersonal
21	0,5
24	0,75
27	0,75
30	1
33	1
36	1,25
39	1,25
42	1,50
45	1,50
48	1,75
51	1,75
54	2
57	2
60	2,25
63	2,25
66	2,5
69	2,5
72	2,75

3. In § 3 wird die Tabelle wie folgt ersetzt:

Anzahl Betreuungsplätze	Anzahl Vollzeitäquivalent Kinderbetreuer in Springerfunktion
18	0,5
21	0,5
24	0,75
27	0,75
30	1
33	1
36	1,25
39	1,25
42	1,50
45	1,50
48	1,75
51	1,75
54	2
57	2
60	2,25
63	2,25
66	2,5
69	2,5
72	2,75

Art. 18 - In Artikel 91 § 2 Absatz 1 desselben Erlasses wird zwischen die Wortfolgen "halbe Tage" und "als volle Anwesenheiten" die Wortfolge "sowie die durch Krankheit der Kinder bedingten und durch ein ärztliches Attest belegten Abwesenheiten" eingefügt.

Art. 19 - Artikel 92 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

„Für die Kinderbetreuer und das sozial-pädagogische Fachpersonal werden nur die Kosten von Personalmitgliedern berücksichtigt, die über die in den Artikeln 88 § 5 und 7 zugelassenen Diplome verfügen.“

2. In § 2 Absatz 1 wird die Tabelle wie folgt ersetzt:

Anzahl Betreuungspätze	Mindestanzahl Betreuungstage	Bezuschussung Anzahl Vollzeit-äquivalent Kinderbetreuer (inklusive Springer)	Bezuschussung Anzahl Vollzeit-äquivalent sozial-pädagogisches Fachpersonal	Bezuschussung Anzahl Vollzeit-äquivalent Koch	Bezuschussung Anzahl Vollzeit-äquivalent Raumpflege
18	2.772	4,7	0,50	0,5	0,5
21	3.234	5,5	0,50	0,5	0,5
24	3.696	6,3	0,75	0,6	0,6
27	4.158	7,1	0,75	0,7	0,7
30	4.620	7,9	1	0,8	0,8
33	5.082	8,7	1	0,8	0,8
36	5.544	9,5	1,25	0,9	0,9
39	6.006	10,2	1,25	1,0	1,0
42	6.468	11,0	1,50	1,1	1,1
45	6.930	11,8	1,50	1,1	1,1
48	7.392	12,6	1,75	1,2	1,2
51	7.854	13,4	1,75	1,3	1,3
54	8.316	14,2	2,0	1,4	1,4
57	8.778	15,0	2,0	1,4	1,4
60	9.240	15,8	2,5	1,5	1,5
63	9.702	16,5	2,5	1,6	1,6
66	10.164	17,3	2,75	1,7	1,7
69	10.626	18,1	2,75	1,7	1,7
72	11.088	18,9	3	1,8	1,8

3. Folgender § 2.1 wird eingefügt:

„§ 2.1 - Zusätzlich zu der in § 2 aufgeführten Zuschussung wird für die Zuschussung der Personalkosten der Kinderkrippe, die nicht einem Zentrum für Kinderbetreuung angehört, folgende kumulative Tabelle berücksichtigt:

Anzahl Plätze	Bezuschussung Anzahl VZÄ Verwaltungskraft oder Sachbearbeiter	Bezuschussung Anzahl VZÄ sozial-pädagogisches Fachpersonal
18	0,50	0,50
21	0,50	0,50
24	0,75	0,75
27	0,75	0,75
30	0,75	0,75
33	1,00	1,00
36	1,00	1,00
39	1,00	1,00
42	1,25	1,25
45	1,25	1,25
48	1,25	1,25
51	1,50	1,50
54	1,50	1,50
57	1,50	1,50
60	1,75	1,75
63	1,75	1,75

Anzahl Plätze	Bezuschussung Anzahl VZÄ Verwaltungskraft oder Sachbearbeiter	Bezuschussung Anzahl VZÄ sozial-pädagogisches Fachpersonal
66	1,75	1,75
69	2,00	2,00
72	2,00	2,00

Etwaige erhaltene Zuschüsse für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden in Abzug gebracht.“

Art. 20 - In Artikel 94 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird der Betrag "463,19" durch den Betrag "1.148,77" ersetzt.

Art. 21 - In denselben Erlass, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 3. September 2015, 10. Dezember 2015, 19. Januar 2017 und 19. April 2018, wird folgender Artikel 94.1 eingefügt:

"Art. 94.1 - Für die Verwaltungskosten erhält die Kinderkrippe eine Jahrespauschale von 287,19 Euro pro Betreuungsplatz."

Art. 22 - Titel 2 Untertitel 3 Kapitel 3 desselben Erlasses, der die Artikel 99 bis 107 umfasst, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird aufgehoben.

Art. 23 - Artikel 116.1 § 2 Absatz 1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 3. September 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 wird der Betrag "22,50" durch den Betrag "13,99" ersetzt.
2. In Nummer 2 wird der Betrag "13,50" durch den Betrag "8,39" ersetzt.
3. In Nummer 3 wird der Betrag "9" durch den Betrag "5,60" ersetzt.

Art. 24 - In Artikel 125 desselben Erlasses wird zwischen das Wort "anbietet" und den Punkt die Wortfolge "oder genehmigt" eingefügt.

Art. 25 - Artikel 135 § 1 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 1, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 10. Dezember 2015, wird der Betrag "12,20" durch den Betrag "13,21" ersetzt.
2. In Absatz 1 Nummer 2, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 10. Dezember 2015, wird der Betrag "7,32" durch den Betrag "7,93" ersetzt.
3. In Absatz 1 Nummer 3, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 10. Dezember 2015, wird der Betrag "4,88" durch den Betrag "5,28" ersetzt.
4. In Absatz 2, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird der Betrag "0,60" durch den Betrag "0,64", der Betrag "0,90" durch den Betrag "0,96" und der Betrag 2,09 durch den Betrag "2,26" ersetzt.

Art. 26 - In Artikel 137 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird die Wortfolge "von 67,71 Euro" durch die Wortfolge "gemäß der in Artikel 76 § 2 Absatz 1 aufgeführten kumulativen Tabelle" ersetzt.

Art. 27 - Artikel 157.1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 3. September 2015, wird aufgehoben.

Art. 28 - Artikel 160 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 3. September 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. Der jetzige Wortlaut wird wie folgt ersetzt:

" § 1 - Folgende Personalkosten der Zentren für Kinderbetreuung können bezuschusst werden:

1. 1 Vollzeitäquivalentstelle für die in Artikel 156 erwähnte Leitung;
2. 1 Vollzeitäquivalentstelle für die in Artikel 157 erwähnte pädagogische Begleitung;
3. 1 Vollzeitäquivalentstelle für eine Assistenz der Verwaltung.

Die in Absatz 1 erwähnten Fachkräfte verfügen über folgende Diplome:

1. für die in Nummern 1 und 2 erwähnten Fachkräfte: Masterdiplom oder ein gleichgestelltes Diplom;
2. für die in Nummer 3 erwähnte Fachkraft: Bachelordiplom oder ein gleichgestelltes Diplom."

2. Folgender § 2 wird eingefügt:

" § 2 - Folgende Personalkosten der Zentren für Kinderbetreuung können bezuschusst werden:

1. 1 Vollzeitäquivalentstelle für eine Dienstleitung der Verwaltung, Finanzen und Informationstechnik;
2. 1 Vollzeitäquivalentstelle für eine Dienstleitung der Personalverwaltung.

Die in Absatz 1 erwähnten Fachkräfte verfügen über ein Bachelor- oder Masterdiplom oder ein gleichgestelltes Diplom."

3. Folgender § 3 wird eingefügt:

" § 3 - Die Personalkosten der Zentren für Kinderbetreuung in Höhe von 1 Vollzeitäquivalentstelle für einen Projekt- und Expansionsmanager können bezuschusst werden.

Die in Absatz 1 erwähnte Fachkraft verfügt über ein Bachelor- oder Masterdiplom oder ein gleichgestelltes Diplom.“

4. Folgender § 4 wird eingefügt:

“ § 4 - Folgende Personalkosten der Zentren für Kinderbetreuung können bezuschusst werden:

1. 1 Vollzeitäquivalentstelle für eine Dienstleitung der Kleinkindbetreuung;
2. 1 Vollzeitäquivalentstelle für eine Dienstleitung der Standorte der außerschulischen Betreuung;
3. 0,5 Vollzeitäquivalentstelle für einen Mitarbeiter für Informationstechnik;
4. 1 Vollzeitäquivalentstelle für einen Buchhalter;
5. 1 Vollzeitäquivalentstelle für einen Hilfsbuchhalter;
6. 1 Vollzeitäquivalentstelle für einen Sachbearbeiter für das Onlineportal;
7. 1 Vollzeitäquivalentstelle für einen Sachbearbeiter für Betreuungsplanungen der Standorte der außerschulischen Betreuung;
8. 0,75 Vollzeitäquivalentstelle für einen Sachbearbeiter für Gefahrenverhütung;
9. 0,25 Vollzeitäquivalentstelle für einen Sachbearbeiter pro Kinderkrippe;
10. 1 Vollzeitäquivalentstelle für einen Hausmeister für die Standorte der außerschulischen Betreuung und das Zentrum für Kinderbetreuung.

Die in Absatz 1 erwähnten Fachkräfte verfügen über folgende Diplome:

1. für die in Nummern 1 bis 3 erwähnten Fachkräfte: Bachelor- oder Masterdiplom oder ein gleichgestelltes Diplom;
2. für die in Nummer 4 erwähnte Fachkraft: Bachelordiplom oder ein gleichgestelltes Diplom;
3. für die in Nummer 5 erwähnte Fachkraft: Diplom zum Buchhalter 2. Klasse gemäß dem Erlass der Regierung vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich oder ein gleichgestelltes Diplom;
4. für die in Nummern 6 bis 9 erwähnten Fachkräfte: ein Diplom zum Sachbearbeiter gemäß dem Erlass der Regierung vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich oder ein gleichgestelltes Diplom;
5. für die in Nummer 10 erwähnte Fachkraft: Diplom zum qualifizierten Unterhaltsarbeiter oder zum ersten Facharbeiter gemäß dem Erlass der Regierung vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich oder ein gleichgestelltes Diplom.“

5. Folgender § 5 wird eingefügt:

“ § 5 - Folgende Personalkosten der Zentren für Kinderbetreuung können bezuschusst werden:

1. 1 Vollzeitäquivalentstelle für einen Mitarbeiter für Kundenservice, Kommunikation und Beschwerdemanagement;
2. 0,5 Vollzeitäquivalentstelle für einen Mitarbeiter für Logistik.

Die in Absatz 1 erwähnten Fachkräfte verfügen über ein Bachelordiplom oder ein gleichgestelltes Diplom.“

6. Folgende §§ 6 bis 7 werden eingefügt:

“ § 6 - Die in den §§ 1 bis 5 erwähnten Stellen können jeweils von einem oder mehreren Personalmitgliedern wahrgenommen werden.

§ 7 - Für die Bezuschussung der Personalkosten findet der Erlass der Regierung vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich Anwendung.

In Abweichung von Artikel 5 Absatz 1 des Erlasses der Regierung vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für die Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich werden nur Kosten von Personalmitgliedern berücksichtigt, die über die in den §§ 1 bis 5 jeweils festgelegten Diplome verfügen.

In Abweichung von Absatz 2 des vorliegenden Artikels und Artikel 5 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für die Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich kann der Minister die Bezuschussung auf Inhaber anderer Qualifikationen ausweiten, insofern eine außergewöhnlich nützliche Berufserfahrung oder eine besondere Ausbildung für die betroffene Funktion vorliegt. Der Minister entscheidet nach einem Gutachten des Fachbereichs innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen schriftlichen Antrags. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

Etwaige erhaltene Zuschüsse für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden in Abzug gebracht. ”

Art. 29 - In denselben Erlass, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 3. September 2015, 10. Dezember 2015, 19. Januar 2017 und 19. April 2018, wird folgender Artikel 160.1 eingefügt:

“*Art. 160.1* - Für die Organisation von Weiterbildungen können die Zentren für Kinderbetreuung eine Jahrespauschale von höchstens 8.615,74 Euro erhalten.“

Art. 30 - In denselben Erlass, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 3. September 2015, 10. Dezember 2015, 19. Januar 2017 und 19. April 2018, wird folgender Artikel 160.2 eingefügt:

“*Art. 160.2* - Für Ankäufe von Informationstechnikdienstleistungen können die Zentren für Kinderbetreuung eine Jahrespauschale von höchstens 17.231,48 Euro erhalten.“

Art. 31 - In denselben Erlass, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 3. September 2015, 10. Dezember 2015, 19. Januar 2017 und 19. April 2018, wird folgender Artikel 160.3 eingefügt:

“*Art. 160.3* - Für einen begrenzten Zeitraum können die Zentren für Kinderbetreuung einen Zuschuss zur Finanzierung einer Unternehmensberatung erhalten.“

Art. 32 - In denselben Erlass, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 3. September 2015, 10. Dezember 2015, 19. Januar 2017 und 19. April 2018, wird folgender Artikel 160.4 eingefügt:

“*Art. 160.4* - Für einen begrenzten Zeitraum können die Zentren für Kinderbetreuung einen Zuschuss zur Übernahme eines Defizites unter den von dem Minister festgelegten Bedingungen erhalten.“

Art. 33 - In Artikel 205 Absatz 3 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird die Wortfolge "über eine Frist von 36 Monaten" gestrichen und zwischen die Wortfolge "1. Januar 2018" und das Wort "um" die Wortfolge "über eine Frist bis zum 31. August 2025," eingefügt.

Art. 34 - In denselben Erlass, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 3. September 2015, 10. Dezember 2015, 19. Januar 2017 und 19. April 2018, wird folgender Artikel 205.4 eingefügt:

"Art. 205.4 - In Abweichung von Artikel 92 § 2 Absatz 1 ist vom 1. März 2020 bis zum 31. August 2020 für die Bezuschussung der Personalkosten der Kinderkrippe folgende kumulative Tabelle anwendbar:

Anzahl Betreuungspätze	Mindestanzahl Betreuungstage	Bezuschussung Anzahl Vollzeit-äquivalent Kinderbetreuer (inklusive Springer)	Bezuschussung Anzahl Vollzeit-äquivalent sozial-pädagogisches Fachpersonal
18	2.772	4,7	0,50
21	3.234	5,5	0,50
24	3.696	6,3	0,75
27	4.158	7,1	0,75
30	4.620	7,9	1
33	5.082	8,7	1
36	5.544	9,5	1,25
39	6.006	10,2	1,25
42	6.468	11,0	1,50
45	6.930	11,8	1,50
48	7.392	12,6	1,75

Art. 35 - In denselben Erlass, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 3. September 2015, 10. Dezember 2015, 19. Januar 2017 und 19. April 2018, wird folgender Artikel 205.5 eingefügt:

"Art. 205.5 - Der Tagesmütterdienst zahlt den konventionierten Tagesmüttern/-vätern die in Artikel 135 § 1 Absatz 1 erwähnte Kostenentschädigung ab dem 1. Januar 2018 aus."

Art. 36 - Vorliegender Erlass tritt am 15. Juli 2021 in Kraft, mit Ausnahme von:

1. Artikel 28 Nummern 2 und 6, die mit Wirkung vom 1. Januar 2018 in Kraft treten;
2. Artikel 2 Nummer 1 und Artikel 11 bis 13, die mit Wirkung vom 1. September 2019 in Kraft treten;
3. Artikel 2 Nummer 5, Artikel 14, Artikel 15 Nummern 1 und 2, Artikel 18, Artikel 20, Artikel 23, Artikel 24, Artikel 26, Artikel 29 und Artikel 32, die mit Wirkung vom 1. Januar 2020 in Kraft treten;
4. Artikel 28 Nummer 3, der mit Wirkung vom 19. Juni 2020 in Kraft tritt;
5. Artikel 2 Nummer 3, Artikel 17, Artikel 19 Nummern 1 und 2, Artikel 21, Artikel 28 Nummern 1 und 4 und Artikel 30, die mit Wirkung vom 1. September 2020 in Kraft treten;
6. Artikel 28 Nummer 5, Artikel 31 und Artikel 33 die mit Wirkung vom 1. Januar 2021 in Kraft treten;
7. Artikel 2 Nummer 2, Artikel 16 und Artikel 25, die am 1. Oktober 2021 in Kraft treten.

Art. 37 - Der für die Kinderbetreuung zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 15. Juli 2021

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH
Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung
L. KLINKENBERG

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2021/204431]

15 JUILLET 2021. — Arrêté du Gouvernement portant modification de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants, l'article 7, alinéa 4, l'article 8, § 3, 2°, l'article 9, alinéa 2, et l'article 12, alinéa 2, 1° à 4° ;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants ;

Vu l'avis de l'inspecteur des Finances, donné le 19 avril 2021 ;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 20 avril 2021 ;

Vu l'avis n° 69.353/1 du Conseil d'État, donné le 3 juin 2021, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973 ;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Accueil d'enfants ;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. À l'article 1^{er} de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 3 septembre 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1^o le 10^o est abrogé ;

2^o dans le 19^o, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule ;

3^o l'article est complété par un 20^o rédigé comme suit :

« 20^o portail en ligne : une plate-forme numérique destinée à l'accueil des enfants, mise à la disposition des prestataires ainsi que des personnes chargées de l'éducation par le Gouvernement, et ce, à des fins d'information, de réservation, d'administration et d'octroi des places d'accueil. »

Art. 2. À l'article 10 du même arrêté, modifié par l'arrêté du 19 avril 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1^o les mots « aux articles 72, § 2, alinéa 2 » sont remplacés par les mots « aux articles 72, § 2, alinéa 3 » ;

2^o le montant « 2,09 euros » est remplacé par le montant « 2,26 euros » ;

3^o le nombre « 94 » est remplacé par les mots « 94, 94.1 » ;

4^o le nombre « 106, » est abrogé ;

5^o les mots « 76, § 1^{er}, § 2, alinéa 1^{er}, et § 3 » sont remplacés par les mots « 76, § 1^{er}, § 2, alinéa 1^{er}, § 3 et § 4 » ; les mots « 116, alinéa 1^{er} » sont remplacés par les mots « 116, alinéa 1^{er}, 116.1, § 2, alinéa 1^{er} » et les mots « 135, § 1^{er}, alinéas 1^{er} et 2, et 137 » sont remplacés par les mots « 135, § 1^{er}, alinéas 1^{er} et 2, 137, 160.1 ainsi que 160.2 ».

Art. 3. À l'article 18 du même arrêté, les mots « , minicrèches » sont abrogés.

Art. 4. À l'article 32 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1^o à l'alinéa 1^{er}, les mots « Tous les six ans » sont remplacés par les mots « Au moins tous les six ans » ;

2^o l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Conformément à l'article 7, alinéa 2, du décret, l'introduction d'un avis positif en matière de sécurité incendie établi par les services d'incendie compétents n'est pas nécessaire si l'accueil a lieu dans une implantation de l'une des écoles fondamentales ou spécialisées organisées ou subventionnées par la Communauté germanophone ou dans des locaux qui sont rattachés à ces établissements. »

Art. 5. À l'article 37 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 2.1, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 19 janvier 2017, les mots « ou d'une mini-crèche » et les mots « ou de la mini-crèche » sont abrogés ;

2^o le § 3 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« S'il s'agit de l'agrération provisoire d'un lieu d'accueil extrascolaire, il n'y a pas lieu, conformément à l'article 7, alinéa 2, du décret et par dérogation au § 1^{er}, 16^o, de joindre un avis en matière de sécurité incendie si l'accueil a lieu dans une implantation de l'une des écoles fondamentales ou spécialisées organisées ou subventionnées par la Communauté germanophone ou dans des locaux qui sont rattachés à ces établissements. »

Art. 6. Dans l'article 38 du même arrêté, il est inséré, entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 3, un nouvel alinéa rédigé comme suit :

« S'il s'agit d'une demande d'agrération pour un lieu d'accueil extrascolaire qui assure l'accueil d'enfants dans une implantation de l'une des écoles fondamentales ou spécialisées organisées ou subventionnées par la Communauté germanophone, le département n'inspecte pas les locaux, par dérogation à l'alinéa 1^{er}. »

Art. 7. Dans l'article 42 du même arrêté, le § 1^{er} est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« En outre, pendant l'agrération provisoire, le lieu d'accueil extrascolaire communique dans les quinze jours au département, par écrit, toute modification relative à l'infrastructure mentionnée à l'article 37, § 1^{er}, alinéa 2, 7^o, si l'accueil d'enfants est assuré dans une implantation de l'une des écoles fondamentales ou spécialisées organisées ou subventionnées par la Communauté germanophone. »

Art. 8. Dans l'article 43 du même arrêté, il est inséré, entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 3, un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, les modifications relatives à l'infrastructure d'un lieu d'accueil extrascolaire mentionnée à l'article 37, § 1^{er}, alinéa 2, 7^o, ne requièrent pas d'approbation préalable si l'accueil d'enfants est assuré dans une implantation de l'une des écoles fondamentales ou spécialisées organisées ou subventionnées par la Communauté germanophone. »

Art. 9. Dans l'article 47 du même arrêté, le § 1^{er} est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« En outre, pendant l'agrération provisoire, le lieu d'accueil extrascolaire communique dans les trente jours au département, par écrit, toute modification relative à l'infrastructure mentionnée à l'article 37, § 1^{er}, alinéa 2, 7^o, si l'accueil d'enfants est assuré dans une implantation de l'une des écoles fondamentales ou spécialisées organisées ou subventionnées par la Communauté germanophone. »

Art. 10. Dans l'article 48 du même arrêté, il est inséré, entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 3, un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, les modifications relatives à l'infrastructure d'un lieu d'accueil extrascolaire mentionnée à l'article 37, § 1^{er}, alinéa 2, 7^o, ne requièrent pas d'approbation préalable si l'accueil d'enfants est assuré dans une implantation de l'une des écoles fondamentales ou spécialisées organisées ou subventionnées par la Communauté germanophone. »

Art. 11. À l'article 62, § 1^{er}, du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, le tableau est remplacé par ce qui suit :

Nombre d'accueillants conventionnés agréés	Nombre d'équivalents temps plein pour le personnel socio-pédagogique spécialisé
1-18	1 1/2
19-24	2
25-30	2
31-36	2 1/2
37-42	3
48-53	3
54-59	3
60-65	3 1/2
66-71	3 2/3
72-77	4
78-83	4 1/2
84-89	4 2/3
90-95	5
96-101	5 1/2
102-107	5 2/3
108-113	6

2° l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Pour calculer la clé de personnel, le nombre d'accueillants conventionnés agréés le plus élevé de chaque année calendrier est pris en compte. »

Art. 12. À l'article 71, § 3, du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 3, les mots « l'adaptation du subventionnement des frais de personnel mentionnée à l'article 72, § 4, s'applique » sont remplacés par les mots « les adaptations du subventionnement des frais de personnel mentionnées à l'article 72, § 2, alinéa 2, et § 4, s'appliquent »;

2° dans l'alinéa 4, les mots « l'adaptation du subventionnement des frais de personnel mentionnée à l'article 72, § 4, s'applique » sont remplacés par les mots « les adaptations du subventionnement des frais de personnel mentionnées à l'article 72, § 2, alinéa 2, et § 4, s'appliquent ».

Art. 13. À l'article 72 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 avril 2018, il est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 3, un nouvel alinéa rédigé comme suit :

« La subside des frais du personnel sociopédagogique spécialisé est adaptée chaque année sur la base du nombre d'accueillants conventionnés agréés le plus élevé de chaque année calendrier. »;

2° dans le § 4, les mots « du rédacteur occupé auprès du secrétariat du service d'accueillants d'enfants » sont insérés entre les mots « relatifs au personnel » et les mots « est adapté ».

Art. 14. L'article 74 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« Art. 74 - Pour les frais administratifs, le service d'accueillants d'enfants reçoit, par enfant gardé, les subsides suivants :

1° 0,71 euro pour une garde d'une journée complète ;

2° 0,71 euro pour une garde d'une demi-journée ;

3° 0,24 euro pour une garde d'un tiers de journée ;

4° 0,24 euro pour une garde de longue journée.

Par enfant gardé, le service d'accueillants d'enfants peut, par jour d'ouverture, obtenir au plus un subside pour une garde soit d'une journée complète, soit d'une demi-journée, soit d'un tiers de journée.

Outre le subside pour une garde d'une journée complète, le service d'accueillants d'enfants peut recevoir un subside pour une garde de longue journée.

Aux fins d'application du présent article, l'article 134.1 s'applique *mutatis mutandis*. »

Art. 15. À l'article 76 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 2, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 avril 2018, est remplacé par ce qui suit :

« § 2 - Le service d'accueillants d'enfants reçoit en plus, pour chaque accueillant conventionné qui a participé aux formations continues mentionnées à l'article 125, un forfait annuel conformément au tableau cumulatif suivant :

à partir de 10 heures/an	67,71 EUR
à partir de 15 heures/an	101,57 EUR
à partir de 20 heures/an	135,42 EUR

Ce forfait annuel doit être liquidé à l'accueillant conventionné participant, conformément à l'article 137.

Afin de pouvoir bénéficier de ce subside pour formation continue, le service d'accueillants d'enfants produit, à l'intention du département, avant le 1^{er} février de chaque année, une liste des participants aux formations continues et de leur nombre d'heures de formation accomplies. » ;

2° l'article est complété par un § 4 rédigé comme suit :

« § 4 - Le service d'accueillants d'enfants reçoit un forfait annuel de maximum 5 169,44 euros afin de mettre à la disposition des accueillants conventionnés une connexion internet mobile dans le cadre de leur coopération avec les centres d'accueil. »

Art. 16. Dans l'article 82, § 3, du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 avril 2018, le montant « 2,09 euros » est remplacé par le montant « 2,26 euros ».

Art. 17. À l'article 88 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, le tableau est remplacé par ce qui suit :

Nombre de places d'accueil	Nombre de gardes d'enfants en équivalents temps plein
18	3
21	3,5
24	4
27	4,5
30	5
33	5,5
36	6
39	6,5
42	7
45	7,5
48	8
51	8,5
54	9
57	9,5
60	10
63	10,5
66	11
69	11,5
72	12

2° dans le § 2, le tableau est remplacé par ce qui suit :

Nombre de places d'accueil	Nombre d'équivalents temps plein pour le personnel socio-pédagogique spécialisé
18	0,5
21	0,5
24	0,75
27	0,75
30	1
33	1
36	1,25
39	1,25
42	1,50
45	1,50
48	1,75
51	1,75
54	2
57	2
60	2,25
63	2,25
66	2,5

Nombre de places d'accueil	Nombre d'équivalents temps plein pour le personnel socio-pédagogique spécialisé
69	2,5
72	2,75

3° dans le § 3, le tableau est remplacé par ce qui suit :

Nombre de places d'accueil	Nombre de gardes d'enfants remplaçants en équivalents temps plein
18	0,5
21	0,5
24	0,75
27	0,75
30	1
33	1
36	1,25
39	1,25
42	1,50
45	1,50
48	1,75
51	1,75
54	2
57	2
60	2,25
63	2,25
66	2,5
69	2,5
72	2,75

Art. 18. Dans l'article 91, § 2, alinéa 1^{er}, du même arrêté, les mots « ainsi que les absences dues à une maladie chez les enfants et attestées par un certificat médical » sont insérés entre les mots « les demi-jours » et les mots « étant considérés comme présence complète ».

Art. 19. À l'article 92 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Pour les gardes d'enfants et le personnel sociopédagogique spécialisé, seuls sont pris en considération les frais des membres du personnel qui sont porteurs du diplôme autorisé par l'article 88, § 5 et 7. » ;

2° dans le § 2, alinéa 1^{er}, le tableau est remplacé par ce qui suit :

Nombre de places d'accueil	Nombre minimal de jours de garde	Subside pour nombre de gardes d'enfants en équivalents temps plein (y compris les remplaçants)	Subside pour nombre d'équivalents temps plein pour le personnel socio-pédagogique spécialisé	Subside pour nombre d'équivalents temps plein Cuisinier	Subside pour nombre d'équivalents temps plein Technicien de surface
18	2 772	4,7	0,50	0,5	0,5
21	3 234	5,5	0,50	0,5	0,5
24	3 696	6,3	0,75	0,6	0,6
27	4 158	7,1	0,75	0,7	0,7
30	4 620	7,9	1	0,8	0,8
33	5 082	8,7	1	0,8	0,8
36	5 544	9,5	1,25	0,9	0,9
39	6 006	10,2	1,25	1,0	1,0
42	6 468	11,0	1,50	1,1	1,1
45	6 930	11,8	1,50	1,1	1,1
48	7 392	12,6	1,75	1,2	1,2

Nombre de places d'accueil	Nombre minimal de jours de garde	Subside pour nombre de gardes d'enfants en équivalents temps plein (y compris les remplaçants)	Subside pour nombre d'équivalents temps plein pour le personnel socio-pédagogique spécialisé	Subside pour nombre d'équivalents temps plein Cuisinier	Subside pour nombre d'équivalents temps plein Technicien de surface
51	7 854	13,4	1,75	1,3	1,3
54	8 316	14,2	2,0	1,4	1,4
57	8 778	15,0	2,0	1,4	1,4
60	9 240	15,8	2,5	1,5	1,5
63	9 702	16,5	2,5	1,6	1,6
66	10 164	17,3	2,75	1,7	1,7
69	10 626	18,1	2,75	1,7	1,7
72	11 088	18,9	3	1,8	1,8

3° l'article est complété par un § 2.1 rédigé comme suit :

« § 2.1 - Outre le subside énuméré au § 2 est pris en compte, pour la subside des frais de personnel des crèches qui ne relèvent pas d'un centre d'accueil, le tableau cumulatif suivant :

Nombre de places	Subsidiation Nombre ETP Agent administratif ou Rédacteur	Subventionnement Nombre ETP pour le personnel socio-pédagogique spécialisé
18	0,50	0,50
21	0,50	0,50
24	0,75	0,75
27	0,75	0,75
30	0,75	0,75
33	1,00	1,00
36	1,00	1,00
39	1,00	1,00
42	1,25	1,25
45	1,25	1,25
48	1,25	1,25
51	1,50	1,50
54	1,50	1,50
57	1,50	1,50
60	1,75	1,75
63	1,75	1,75
66	1,75	1,75
69	2,00	2,00
72	2,00	2,00

Les éventuels subsides reçus pour les mesures en faveur de l'emploi sont déduits. »

Art. 20. Dans l'article 94 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 avril 2018, le montant « 463,19 euros » est remplacé par le montant « 1 148,77 euros ».

Art. 21. Dans le même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 3 septembre 2015, 10 décembre 2015, 19 janvier 2017 et 19 avril 2018, il est inséré un article 94.1 rédigé comme suit :

« Art. 94.1 - Pour les frais administratifs, la crèche reçoit un forfait annuel de 287,19 euros par place d'accueil. »

Art. 22. Dans le titre 2, sous-titre 3 du même arrêté, le chapitre 3, comportant les articles 99 à 107, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 avril 2018, est abrogé.

Art. 23. À l'article 116.1, § 2, alinéa 1^{er}, du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 3 septembre 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° au 1^o, le montant « 22,50 euros » est remplacé par le montant « 13,99 euros » ;

2° dans le 2^o, le montant « 13,50 euros » est remplacé par le montant « 8,39 euros » ;

3° dans le 3^o, le montant « 9 euros » est remplacé par le montant « 5,60 euros ».

Art. 24. À l'article 125 du même arrêté, les mots « ou reconnues » sont insérés entre les mots « formations continues proposées » et les mots « par le service ».

Art. 25. À l'article 135, § 1^{er}, du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa 1^{er}, 1^o, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 10 décembre 2015, le montant « 12,20 euros » est remplacé par le montant « 13,21 euros » ;

2^o dans l'alinéa 1^{er}, 2^o, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 10 décembre 2015, le montant « 7,32 euros » est remplacé par le montant « 7,93 euros » ;

3^o dans l'alinéa 1^{er}, 3^o, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 10 décembre 2015, le montant « 4,88 euros » est remplacé par le montant « 5,28 euros » ;

4^o dans l'alinéa 2, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 19 avril 2018, les montants « 0,60 euro », « 0,90 euro » et « 2,09 euros » sont respectivement remplacés par les montants « 0,64 euro », « 0,96 euro » et « 2,26 euros ».

Art. 26. Dans l'article 137 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 avril 2018, les mots « de 67,71 euros » sont remplacés par les mots « , conformément au tableau cumulatif mentionné à l'article 76, § 2, alinéa 1^{er}, ».

Art. 27. L'article 157.1 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 3 septembre 2015, est abrogé.

Art. 28. À l'article 160 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 3 septembre 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1^o le libellé actuel est remplacé par ce qui suit :

« § 1^{er} - Peuvent être subsidiés les frais de personnel des centres d'accueil suivants :

1^o 1 équivalent temps plein pour la direction mentionnée à l'article 156 ;

2^o 1 équivalent temps plein pour l'encadrement pédagogique mentionné à l'article 157 ;

3^o 1 équivalent temps plein pour une assistance administrative.

Les professionnels mentionnés à l'alinéa 1^{er} sont porteurs des diplômes suivants :

1^o pour les professionnels mentionnés aux 1^o et 2^o : un diplôme de master ou tout diplôme y assimilé ;

2^o pour les professionnels mentionnés au 3^o : un diplôme de bachelor ou tout diplôme y assimilé. » ;

2^o l'article est complété par un § 2 rédigé comme suit :

« § 2 - Peuvent être subsidiés les frais de personnel des centres d'accueil suivants :

1^o 1 équivalent temps plein pour un service de l'administration, des finances et des technologies de l'information ;

2^o 1 équivalent temps plein pour un service de l'administration du personnel.

Les professionnels mentionnés à l'alinéa 1^{er} sont porteurs d'un diplôme de bachelor ou de master ou d'un diplôme y assimilé. » ;

3^o l'article est complété par un § 3 rédigé comme suit :

« § 3 - Les frais de personnel des centres d'accueil peuvent être subsidiés à concurrence d'un équivalent temps plein pour un gestionnaire de projets et de croissance.

Le professionnel mentionné à l'alinéa 1^{er} est porteur d'un diplôme de bachelor ou de master ou d'un diplôme y assimilé. » ;

4^o l'article est complété par un § 4 rédigé comme suit :

« § 4 - Peuvent être subsidiés les frais de personnel des centres d'accueil suivants :

1^o 1 équivalent temps plein pour un service de l'accueil de jeunes enfants ;

2^o 1 équivalent temps plein pour un service du lieu d'accueil extrascolaire ;

3^o 0,5 équivalent temps plein pour un collaborateur des technologies de l'information ;

4^o 1 équivalent temps plein pour un comptable ;

5^o 1 équivalent temps plein pour un aide-comptable ;

6^o 1 équivalent temps plein pour un rédacteur pour le portail en ligne ;

7^o 1 équivalent temps plein pour un rédacteur pour les planifications de lieux d'accueil extrascolaires ;

8^o 0,75 équivalent temps plein pour un rédacteur pour la prévention ;

9^o 0,25 équivalent temps plein pour un rédacteur par crèche ;

10^o 1 équivalent temps plein pour un concierge pour les lieux d'accueil extrascolaire et le centre d'accueil.

Les professionnels mentionnés à l'alinéa 1^{er} sont porteurs des diplômes suivants :

1^o pour les professionnels mentionnés aux 1^o à 3^o : un diplôme de bachelor ou de master ou tout diplôme y assimilé ;

2^o pour le professionnel mentionné au 4^o : un diplôme de bachelor ou tout diplôme y assimilé ;

3^o pour le professionnel mentionné au 5^o : le diplôme de comptable de 2^e classe, conformément à l'arrêté du Gouvernement du 22 juin 2001 fixant les bases de calcul en ce qui concerne la subvention des frais de personnel dans les secteurs des affaires sociales et de la santé, ou un diplôme y assimilé ;

4^o pour les professionnels mentionnés aux 6^o à 9^o : le diplôme de rédacteur, conformément à l'arrêté du Gouvernement du 22 juin 2001 fixant les bases de calcul en ce qui concerne la subvention des frais de personnel dans les secteurs des affaires sociales et de la santé, ou d'un diplôme y assimilé ;

5^o pour le professionnel mentionné au 10^o : le diplôme d'ouvrier d'entretien qualifié ou de premier ouvrier spécialisé, conformément à l'arrêté du Gouvernement du 22 juin 2001 fixant les bases de calcul en ce qui concerne la subvention des frais de personnel dans les secteurs des affaires sociales et de la santé, ou un diplôme y assimilé ; »

5° l'article est complété par un § 5 rédigé comme suit :

« § 5 - Peuvent être subsidiés les frais de personnel des centres d'accueil suivants :

1° 1 équivalent temps plein pour un collaborateur chargé du service client, de la communication et de la gestion des réclamations ;

2° 0,5 équivalent temps plein pour un collaborateur chargé de la logistique ;

Les professionnels mentionnés à l'alinéa 1^{er} sont porteurs d'un diplôme de bachelor ou d'un diplôme y assimilé. » ;

6° l'article est complété par les §§ 6 et 7 rédigés comme suit :

« § 6 - Les postes mentionnés aux §§ 1^{er} à 5 peuvent être assumés respectivement par un ou plusieurs membres du personnel.

§ 7 - L'arrêté du Gouvernement du 22 juin 2001 fixant les bases de calcul en ce qui concerne la subvention des frais de personnel dans les secteurs des affaires sociales et de la santé s'applique au subventionnement des frais relatifs au personnel.

Par dérogation à l'article 5, alinéa 1^{er}, de l'arrêté du Gouvernement du 22 juin 2001 fixant les bases de calcul en ce qui concerne la subvention des frais de personnel dans les secteurs des affaires sociales et de la santé, seuls sont pris en compte les frais des membres du personnel qui sont porteurs des diplômes fixés respectivement aux §§ 1^{er} à 5.

Par dérogation à l'alinéa 2 du présent article et à l'article 5, alinéa 2, de l'arrêté du Gouvernement du 22 juin 2001 fixant les bases de calcul en ce qui concerne la subvention des frais de personnel dans les secteurs des affaires sociales et de la santé, le ministre peut étendre le subventionnement aux personnes titulaires d'autres qualifications pour autant qu'elles disposent d'une expérience professionnelle utile exceptionnelle ou d'une formation spécifique pour la fonction concernée. Le ministre statue dans les soixante jours de la réception de la demande écrite complète en se basant sur l'avis du département. À défaut de décision dans le délai imparti, la demande est censée être refusée.

Les éventuels subsides reçus pour les mesures en faveur de l'emploi sont déduits. »

Art. 29. Dans le même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 3 septembre 2015, 10 décembre 2015, 19 janvier 2017 et 19 avril 2018, il est inséré un article 160.1 rédigé comme suit :

« Art. 160.1 - Les centres d'accueil peuvent recevoir un forfait annuel de maximum 8 615,74 euros pour l'organisation de formations continues. »

Art. 30. Dans le même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 3 septembre 2015, 10 décembre 2015, 19 janvier 2017 et 19 avril 2018, il est inséré un article 160.2 rédigé comme suit :

« Art. 160.2 - Les centres d'accueil peuvent recevoir un forfait annuel de maximum 17 231,48 euros pour l'achat de prestations de services informatiques. »

Art. 31. Dans le même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 3 septembre 2015, 10 décembre 2015, 19 janvier 2017 et 19 avril 2018, il est inséré un article 160.3 rédigé comme suit :

« Art. 160.3 - Pour une durée limitée, les centres d'accueil peuvent recevoir un subside destiné au financement de conseils aux entreprises. »

Art. 32. Dans le même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 3 septembre 2015, 10 décembre 2015, 19 janvier 2017 et 19 avril 2018, il est inséré un article 160.4 rédigé comme suit :

« Art. 160.4 - Pour une durée limitée, les centres d'accueil peuvent recevoir un subside destiné à la prise en charge d'un déficit, conformément aux conditions fixées par le ministre. »

Art. 33. Dans l'article 205, alinéa 3, du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 19 avril 2018, les mots « d'un délai de trente-six mois à dater du 1^{er} janvier 2018 » sont remplacés par les mots « , à dater du 1^{er} janvier 2018, d'un délai allant jusqu'au 31 août 2025 ».

Art. 34. Dans le même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 3 septembre 2015, 10 décembre 2015, 19 janvier 2017 et 19 avril 2018, il est inséré un article 205.4 rédigé comme suit :

« Art. 205.4 - Par dérogation à l'article 92, § 2, alinéa 1^{er}, s'applique, du 1^{er} mars 2020 au 31 août 2020, pour la subvention des frais de personnel des crèches, le tableau cumulatif suivant :

Nombre de places d'accueil	Nombre minimal de jours de garde	Subside pour nombre de gardes d'enfants en équivalents temps plein (y compris les remplaçants)	Subside pour nombre d'équivalents temps plein pour le personnel socio-pédagogique spécialisé
18	2 772	4,7	0,50
21	3 234	5,5	0,50
24	3 696	6,3	0,75
27	4 158	7,1	0,75
30	4 620	7,9	1
33	5 082	8,7	1
36	5 544	9,5	1,25
39	6 006	10,2	1,25
42	6 468	11,0	1,50
45	6 930	11,8	1,50
48	7 392	12,6	1,75

Art. 35. Dans le même arrêté, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 3 septembre 2015, 10 décembre 2015, 19 janvier 2017 et 19 avril 2018, il est inséré un article 205.5 rédigé comme suit :

« *Art. 205.05* - Le service d'accueillants d'enfants liquide aux accueillants conventionnés l'indemnité mentionnée à l'article 135, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, à partir du 1^{er} janvier 2018.

Art. 36. Le présent arrêté entre en vigueur le 15 juillet 2021, à l'exception :

1^o de l'article 28, 2^o et 6^o, qui produit ses effets le 1^{er} janvier 2018 ;

2^o de l'article 2, 1^o et des articles 11 à 13, qui produisent leurs effets le 1^{er} septembre 2019 ;

3^o des articles 2, 5^o, 14, 15, 1^o et 2^o, 18, 20, 23, 24, 26, 29 et 32, qui produisent leurs effets le 1^{er} janvier 2020 ;

4^o de l'article 28, 3^o, qui produit ses effets le 19 juin 2020 ;

5^o des articles 2, 3^o, 17, 19, 1^o et 2^o, 21, 28, 1^o et 4^o, et 30, qui produisent leurs effets le 1^{er} septembre 2020 ;

6^o des articles 28, 5^o, 31 et 33, qui produisent leurs effets le 1^{er} janvier 2021 ;

7^o des articles 2, 2^o, 16 et 25, qui entrent en vigueur le 1^{er} octobre 2021.

Art. 37. Le Ministre compétent en matière d'Accueil d'enfants est chargé de l'exécution du présent arrêté. Eupen, le 15 juillet 2021.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,

Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

O. PAASCH

La Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique

L. KLINKENBERG

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2021/204431]

15 JULI 2021. — Besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang, artikel 7, vierde lid, artikel 8, § 3, 2^o, artikel 9, tweede lid, en artikel 12, tweede lid, 1^o tot 4^o;

Gelet op het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 19 april 2021;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 20 april 2021;

Gelet op advies 69.353/1 van de Raad van State, gegeven op 3 juni 2021, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2^o, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de minister die bevoegd is voor de kinderopvang;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. In artikel 1 van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 3 september 2015, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1^o de bepaling onder 10^o wordt opgeheven;

2^o in de bepaling onder 19^o wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een puntkomma;

3^o het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 20^o, luidende:

"20^o webportaal: een digitaal platform dat door de Regering ter beschikking wordt gesteld van de dienstverrichters en de personen belast met de opvoeding voor informatie over de kinderopvang en voor het reserveren, beheren en toewijzen van plaatsen in de kinderopvang."

Art. 2. In artikel 10 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1^o de woorden "artikelen 72, § 2, tweede lid," worden vervangen door de woorden "artikelen 72, § 2, derde lid,,";

2^o het bedrag "2,09" wordt vervangen door het bedrag "2,26";

3^o de woorden "artikel 94" worden vervangen door de woorden "artikel 94, artikel 94.1,,";

4^o de woorden "artikel 106" worden opgeheven;

5^o de woorden "artikel 76, § 1, § 2, eerste lid, en § 3" worden vervangen door de woorden "artikel 76, § 1, § 2, eerste lid, § 3 en § 4", de woorden "artikel 116, eerste lid," worden vervangen door de woorden "artikel 116, eerste lid, artikel 116.1, § 2, eerste lid," en de woorden "artikel 135, § 1, eerste en tweede lid, en artikel 137," worden vervangen door de woorden "artikel 135, § 1, eerste en tweede lid, artikel 137, artikel 160.1 en artikel 160.2,".

Art. 3. In artikel 18 van hetzelfde besluit worden de woorden „, mini-crèches” opgeheven.

Art. 4. In artikel 32 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid wordt het woord „alle” vervangen door de woorden „minstens alle”;

2° het artikel wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

“Overeenkomstig artikel 7, tweede lid, van het decreet hoeft geen gunstig advies van de bevoegde commandant van de brandweerdienst over de brandveiligheid te worden ingediend, als de kinderopvang plaatsvindt in een vestiging van een door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde basisschool voor gewoon of gespecialiseerd onderwijs of in ruimten die daaraan verbonden zijn.”

Art. 5. In artikel 37 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 2.1, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017, worden de woorden „of een mini-crèche” en de woorden „of de mini-crèche” opgeheven;

2° paragraaf 3 wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

“Als het gaat om de voorlopige erkenning van een locatie voor buitenschoolse opvang hoeft overeenkomstig artikel 7, tweede lid, van het decreet en in afwijking van § 1, 16°, geen advies inzake brandveiligheid te worden bijgevoegd, als de kinderopvang plaatsvindt in een vestiging van een door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde basisschool voor gewoon of gespecialiseerd onderwijs of in ruimten die daaraan verbonden zijn.”

Art. 6. In artikel 38 van hetzelfde besluit wordt tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het derde lid wordt, het volgende tweede lid ingevoegd, luidende:

“In afwijking van het eerste lid controleert het departement de ruimten niet, als het gaat om een aanvraag om erkenning van een locatie voor buitenschoolse opvang waar de kinderopvang plaatsvindt in een vestiging van een door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde basisschool voor gewoon of gespecialiseerd onderwijs.”

Art. 7. Artikel 42, § 1, van hetzelfde besluit wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

“Voorts delen de locaties voor buitenschoolse opvang tijdens de duur van de voorlopige erkenning binnen 15 dagen elke wijziging betreffende de infrastructuur vermeld in artikel 37, § 1, tweede lid, 7°, schriftelijk mee aan het departement, als de kinderopvang plaatsvindt in een vestiging van een door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde basisschool voor gewoon of gespecialiseerd onderwijs.”

Art. 8. In artikel 43 van hetzelfde besluit wordt tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het derde lid wordt, het volgende tweede lid ingevoegd, luidende:

“In afwijking van het eerste lid hoeven wijzigingen van de in artikel 37, § 1, tweede lid, 7°, vermelde infrastructuur van een locatie voor buitenschoolse opvang niet vooraf te worden goedgekeurd, als de kinderopvang plaatsvindt in een vestiging van een door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde basisschool voor gewoon of gespecialiseerd onderwijs.”

Art. 9. Artikel 47, § 1, van hetzelfde besluit wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

“Voorts delen de locaties voor buitenschoolse opvang tijdens de duur van de erkenning binnen 30 dagen elke wijziging betreffende de infrastructuur vermeld in artikel 37, § 1, tweede lid, 7°, schriftelijk mee aan het departement, als de kinderopvang plaatsvindt in een vestiging van een door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde basisschool voor gewoon of gespecialiseerd onderwijs.”

Art. 10. In artikel 48 van hetzelfde besluit wordt tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het derde lid wordt, het volgende tweede lid ingevoegd, luidende:

“In afwijking van het eerste lid hoeven wijzigingen van de in artikel 37, § 1, tweede lid, 7°, vermelde infrastructuur van een locatie voor buitenschoolse opvang niet vooraf te worden goedgekeurd, als de kinderopvang plaatsvindt in een vestiging van een door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde basisschool voor gewoon of gespecialiseerd onderwijs.”

Art. 11. In artikel 62, § 1, van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid wordt de tabel vervangen als volgt:

Aantal toegelaten aangesloten onthaalouders	Aantal voltijds equivalent sociaal-psychologisch geschoold personeel
1-18	1 1/2
19-24	2
25-30	2
31-36	2 1/2
37-42	3
48-53	3
54-59	3
60-65	3 1/2
66-71	3 2/3
72-77	4
78-83	4 1/2
84-89	4 2/3
90-95	5

Aantal toegelaten aangesloten onthaalouders	Aantal voltijds equivalent sociaal-psychologisch geschoold personeel
96-101	5 1/2
102-107	5 2/3
108-113	6

2° het tweede lid wordt vervangen als volgt:

"Voor de berekening van de personeelssleutel wordt het maximaantal toegelaten aangesloten onthaalouders van het kalenderjaar in kwestie in aanmerking genomen."

Art. 12. In artikel 71, § 3, van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het derde lid worden de woorden "is de in artikel 72, § 4, vermelde aanpassing" vervangen door de woorden "zijn de aanpassingen vermeld in artikel 72, § 2, tweede lid, en § 4,";

2° in het vierde lid worden de woorden "is de in artikel 72, § 4, vermelde aanpassing" vervangen door de woorden "zijn de aanpassingen vermeld in artikel 72, § 2, tweede lid, en § 4,".

Art. 13. In artikel 72 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 2, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, wordt tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het derde lid wordt, het volgende tweede lid ingevoegd, luidende:

"De subsidiëring van de personeelskosten voor het sociaal-pedagogisch geschoold personeel wordt jaarlijks aangepast op basis van het maximaantal toegelaten aangesloten onthaalouders van het kalenderjaar in kwestie."

2° in paragraaf 4 worden de woorden "van de personeelskosten" vervangen door de woorden "van de personeelskosten voor de in het secretariaat van de dienst voor onthaalouders aangestelde opsteller".

Art. 14. Artikel 74 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"Art. 74 - Voor de administratieve kosten ontvangt de dienst voor onthaalouders volgende subsidies per opgevangen kind:

1° 0,71 euro voor een hele opvangdag;

2° 0,71 euro voor een halve opvangdag;

3° 0,24 euro voor een 1/3-opvangdag;

4° 0,24 euro voor langdurige opvang.

Per opgevangen kind kan de dienst voor onthaalouders, per openingsdag, hoogstens een subsidie voor een hele opvangdag of een subsidie voor een halve opvangdag of een subsidie voor een 1/3-opvangdag ontvangen.

Naast de subsidie voor een hele opvangdag kan de dienst voor onthaalouders een subsidie voor langdurige opvang ontvangen.

Voor de toepassing van dit artikel geldt mutatis mutandis ook artikel 134.1."

Art. 15. In artikel 76 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 2, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, wordt vervangen als volgt:

"§ 2 - Aanvullend ontvangt de dienst voor onthaalouders voor elke aangesloten onthaalouder die overeenkomstig artikel 125 aan voortgezette opleidingen heeft deelgenomen, een jaarlijks forfaitair bedrag overeenkomstig de volgende cumulatieve tabel:

Vanaf 10 uur/jaar	67,71 EUR
Vanaf 15 uur/jaar	101,57 EUR
Vanaf 20 uur/jaar	135,42 EUR

Dat jaarlijks forfaitair bedrag wordt overeenkomstig artikel 137 uitbetaald aan de deelnemende aangesloten onthaalouder.

Om deze subsidie voor voortgezette opleiding te kunnen ontvangen, bezorgt de dienst voor onthaalouders het departement elk jaar uiterlijk op 1 februari de lijst met de onthaalouders die aan voortgezette opleidingen hebben deelgenomen en het aantal uren dat ze voortgezette opleiding hebben gevolgd."

2° het artikel wordt aangevuld met een § 4, luidende:

"§ 4 - De dienst voor onthaalouders ontvangt een jaarlijks forfaitair bedrag van hoogstens 5.169,44 euro om een mobiele internetverbinding ter beschikking te stellen van de aangesloten onthaalouders in het kader van hun samenwerking met de centra voor kinderopvang."

Art. 16. In artikel 82, § 3, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, wordt het bedrag "2,09" vervangen door het bedrag "2,26".

Art. 17. In artikel 88 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1 wordt de tabel vervangen als volgt:

Aantal plaatsen in de opvang	Aantal voltijds equivalente kinderbegeleiders
18	3
21	3,5
24	4
27	4,5
30	5
33	5,5
36	6
39	6,5
42	7
45	7,5
48	8
51	8,5
54	9
57	9,5
60	10
63	10,5
66	11
69	11,5
72	12

2° in paragraaf 2 wordt de tabel vervangen als volgt:

Aantal plaatsen in de opvang	Aantal voltijds equivalent sociaal-pedagogisch geschoold personeel
18	0,5
21	0,5
24	0,75
27	0,75
30	1
33	1
36	1,25
39	1,25
42	1,50
45	1,50
48	1,75
51	1,75
54	2
57	2
60	2,25
63	2,25
66	2,5
69	2,5
72	2,75

3° in paragraaf 3 wordt de tabel vervangen als volgt:

Aantal plaatsen in de opvang	Aantal voltijds equivalente kinderbegeleiders in de functie van invaller
18	0,5
21	0,5
24	0,75
27	0,75
30	1
33	1
36	1,25
39	1,25
42	1,50
45	1,50
48	1,75
51	1,75
54	2
57	2
60	2,25
63	2,25
66	2,5
69	2,5
72	2,75

Art. 18. In artikel 91, § 2, eerste lid, van hetzelfde besluit worden tussen de woorden "halve dagen" en de woorden "als volledige aanwezigheden" de woorden "alsook de door een medisch attest bewezen afwezigheden wegens ziekte van de kinderen" ingevoegd.

Art. 19. In artikel 92 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° § 1, tweede lid, wordt vervangen als volgt:

"Voor de kinderbegeleiders en het sociaal-psychologisch geschoold personeel wordt alleen rekening gehouden met de kosten voor personeelsleden die de diploma's hebben die in artikel 88, § 5 en 7, worden toegestaan."

2° in § 2, eerste lid, wordt de tabel vervangen als volgt:

Aantal plaatsen in de opvang	Minimumaantal opvangdagen	Subsidiëring aantal voltijds equivalente kinderbegeleiders (invallers inbegrepen)	Subsidiëring aantal voltijds equivalent sociaal-psychologisch geschoold personeel	Subsidiëring aantal VTE koks	Subsidiëring aantal VTE poetspersoneel
18	2.772	4,7	0,50	0,5	0,5
21	3.234	5,5	0,50	0,5	0,5
24	3.696	6,3	0,75	0,6	0,6
27	4.158	7,1	0,75	0,7	0,7
30	4.620	7,9	1	0,8	0,8
33	5.082	8,7	1	0,8	0,8
36	5.544	9,5	1,25	0,9	0,9
39	6.006	10,2	1,25	1,0	1,0
42	6.468	11,0	1,50	1,1	1,1
45	6.930	11,8	1,50	1,1	1,1
48	7.392	12,6	1,75	1,2	1,2
51	7.854	13,4	1,75	1,3	1,3
54	8.316	14,2	2,0	1,4	1,4
57	8.778	15,0	2,0	1,4	1,4
60	9.240	15,8	2,5	1,5	1,5

Aantal plaatsen in de opvang	Minimumaantal opvangdagen	Subsidiëring aantal voltijds equivalente kinder-begeleiders (invallers inbegrepen)	Subsidiëring aantal voltijds equivalent sociaal-psychologisch geschoold personeel	Subsidiëring aantal VTE koks	Subsidiëring aantal VTE poetspersoneel
63	9.702	16,5	2,5	1,6	1,6
66	10.164	17,3	2,75	1,7	1,7
69	10.626	18,1	2,75	1,7	1,7
72	11.088	18,9	3	1,8	1,8

3° Er wordt een § 2.1 ingevoegd, luidende:

” § 2.1 - Naast de subsidiëring vermeld in § 2 wordt voor de subsidiëring van de personeelskosten van een crèche die geen deel uitmaakt van een centrum voor kinderopvang, de volgende cumulatieve tabel in aanmerking genomen:

Aantal plaatsen	Subsidiëring aantal VTE administratief medewerkers of opstellers	Subsidiëring aantal VTE sociaal-psychologisch geschoold personeel
18	0,50	0,50
21	0,50	0,50
24	0,75	0,75
27	0,75	0,75
30	0,75	0,75
33	1,00	1,00
36	1,00	1,00
39	1,00	1,00
42	1,25	1,25
45	1,25	1,25
48	1,25	1,25
51	1,50	1,50
54	1,50	1,50
57	1,50	1,50
60	1,75	1,75
63	1,75	1,75
66	1,75	1,75
69	2,00	2,00
72	2,00	2,00

Indien in het kader van tewerkstellingsmaatregelen subsidies worden verkregen, worden die subsidies afgetrokken.”

Art. 20. In artikel 94 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, wordt het bedrag “463,19” vervangen door het bedrag “1.148,77”.

Art. 21. In hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 3 september 2015, 10 december 2015, 19 januari 2017 en 19 april 2018, wordt een artikel 94.1 ingevoegd, luidende:

“Art. 94.1 - Voor de administratiekosten ontvangt de crèche een jaarlijks forfaitair bedrag van 287,19 euro per opvangplaats.”

Art. 22. Titel 2, ondertitel 3, hoofdstuk 3, van hetzelfde besluit, die de artikelen 99 tot 107 bevat, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, wordt opgeheven.

Art. 23. In artikel 116.1, § 2, eerste lid, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 3 september 2015, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 1° wordt het bedrag “22,50” vervangen door het bedrag “13,99”;

2° in de bepaling onder 2° wordt het bedrag “13,50” vervangen door het bedrag “8,39”;

3° in de bepaling onder 3° wordt het bedrag “9” vervangen door het bedrag “5,60”.

Art. 24. Artikel 125 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt: “Art. 125 - De aangesloten onthaalouders verklaren zich ertoe bereid regelmatig deel te nemen aan de voortgezette opleidingen die de dienst voor onthaalouders aanbiedt of goedkeurt.”

Art. 25. In artikel 135, § 1, van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, 1°, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 10 december 2015, wordt het bedrag "12,20" vervangen door het bedrag "13,21";

2° in het eerste lid, 2°, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 10 december 2015, wordt het bedrag "7,32" vervangen door het bedrag "7,93";

3° in het eerste lid, 3°, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 10 december 2015, wordt het bedrag "4,88" vervangen door het bedrag "5,28";

4° in het tweede lid, vervangen bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, wordt het bedrag "0,60" vervangen door het bedrag "0,64", wordt het bedrag "0,90" vervangen door het bedrag "0,96" en wordt het bedrag "2,09" vervangen door het bedrag "2,26".

Art. 26. In artikel 137 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, worden de woorden "van 67,71 euro" vervangen door de woorden "overeenkomstig de cumulatieve tabel vermeld in artikel 76, § 2, eerste lid,".

Art. 27. Artikel 157.1 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 3 september 2015, wordt opgeheven.

Art. 28. In artikel 160 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 3 september 2015, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de huidige formulering wordt vervangen als volgt:

" § 1 - De volgende personeelskosten van de centra voor kinderopvang kunnen gesubsidieerd worden:

1° één VTE-betrekking voor de leiding vermeld in artikel 156;

2° één VTE-betrekking voor de pedagogische begeleiding vermeld in artikel 157;

3° één VTE-betrekking voor administratieve assistentie.

De vakkrachten vermeld in het eerste lid beschikken over volgende diploma's:

1° voor de vakkrachten vermeld in de bepalingen onder 1° en 2°: masterdiploma of een daarmee gelijkgesteld diploma;

2° voor de vakkracht vermeld in de bepaling onder 3°: bachelordiploma of een daarmee gelijkgesteld diploma."

2° het artikel wordt aangevuld met een § 2, luidende:

" § 2 - De volgende personeelskosten van de centra voor kinderopvang kunnen gesubsidieerd worden:

1° één VTE-betrekking voor een dienstleiding administratie, financiën en informatietechniek;

2° één VTE-betrekking voor een dienstleiding personeelsbeheer.

De vakkrachten vermeld in het eerste lid beschikken over een bachelor- of masterdiploma of een daarmee gelijkgesteld diploma."

3° het artikel wordt aangevuld met een § 3, luidende:

" § 3 - De personeelskosten van de centra voor kinderopvang ten belope van één VTE-betrekking voor een project-uitbreidingsmanager kunnen gesubsidieerd worden.

De vakkracht vermeld in het eerste lid beschikt over een bachelor- of masterdiploma of een daarmee gelijkgesteld diploma."

4° het artikel wordt aangevuld met een § 4, luidende:

" § 4 - De volgende personeelskosten van de centra voor kinderopvang kunnen gesubsidieerd worden:

1° één VTE-betrekking voor een dienstleiding voor de opvang van baby's en peuters;

2° één VTE-betrekking voor een dienstleiding van de locaties voor buitenschoolse opvang;

3° 0,5 VTE-betrekking voor een medewerker voor informatietechniek;

4° één VTE-betrekking voor een boekhouder;

5° één VTE-betrekking voor een hulpboekhouder;

6° één VTE-betrekking voor een opsteller voor het webportaal;

7° één VTE-betrekking voor een opsteller voor de planning van de opvang van de locaties voor buitenschoolse opvang;

8° 0,75 VTE-betrekking voor een opsteller voor risicopreventie;

9° 0,25 VTE-betrekking voor een opsteller per crèche;

10° één VTE-betrekking voor een conciërge voor de locaties voor buitenschoolse opvang en het centrum voor kinderopvang.

De vakkrachten vermeld in het eerste lid beschikken over volgende diploma's:

1° voor de vakkrachten vermeld in de bepalingen onder 1° tot 3°: bachelor- of masterdiploma of een daarmee gelijkgesteld diploma;

2° voor de vakkracht vermeld in de bepaling onder 4°: bachelordiploma of een daarmee gelijkgesteld diploma;

3° voor de vakkracht vermeld in de bepaling onder 5°: diploma van boekhouder klasse 2, overeenkomstig het besluit van de Regering van 22 juni 2001 tot vaststelling van de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid" of een daarmee gelijkgesteld diploma;

4° voor de vakkrachten vermeld in de bepalingen onder 6° tot 9°: een diploma van opsteller overeenkomstig het besluit van de Regering van 22 juni 2001 tot vaststelling van de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid" of een daarmee gelijkgesteld diploma;

5° voor de vakkracht vermeld in de bepaling onder 10°: diploma van geschoold onderhoudswerkman of eerste geschoold werkman overeenkomstig het besluit van de Regering van 22 juni 2001 tot vaststelling van de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid" of een daarmee gelijkgesteld diploma;

5° het artikel wordt aangevuld met een § 5, luidende:

" § 5 - De volgende personeelskosten van de centra voor kinderopvang kunnen gesubsidieerd worden:

1° één VTE-betrekking voor een medewerker voor klantenservice, communicatie en klachtenmanagement;

2° 0,5 VTE-betrekking voor een medewerker voor logistiek.

De vakkrachten vermeld in het eerste lid beschikken over een bachelor- of masterdiploma of een daarmee gelijkgesteld diploma."

6° het artikel wordt aangevuld met de volgende § 6 tot 7, luidende:

" § 6 - De betrekkingen vermeld in § 1 tot 5 kunnen elk door een of meer personeelsleden worden vervuld.

§ 7 - Voor de subsidiëring van de personeelskosten wordt het besluit van de Regering van 22 juni 2001 tot vaststelling van de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid" toegepast.

In afwijking van artikel 5, eerste lid, van het besluit van de Regering van 22 juni 2001 tot vaststelling van de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid" wordt alleen rekening gehouden met de kosten van personeelsleden die houder zijn van de in de § 1 tot 5 vastgelegde diploma's.

In afwijking van het tweede lid van dit artikel en in afwijking van artikel 5, tweede lid, van het besluit van de Regering van 22 juni 2001 tot vaststelling van de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid" kan de Minister de subsidiëring uitbreiden tot houders van andere kwalificaties als zij een voor de beoogde functie buitengewoon nuttige beroepservaring of bijzondere opleiding kunnen bewijzen. De Minister beslist na een advies van het departement binnen zestig dagen na ontvangst van de volledige schriftelijke aanvraag. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

Indien in het kader van tewerkstellingsmaatregelen subsidies worden verkregen, worden die subsidies afgetrokken."

Art. 29. In hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 3 september 2015, 10 december 2015, 19 januari 2017 en 19 april 2018, wordt een artikel 160.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 160.1 - Voor de organisatie van voortgezette opleidingen kunnen de centra voor kinderopvang een jaarlijks forfaitair bedrag van hoogstens 8.615,74 euro ontvangen."

Art. 30. In hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 3 september 2015, 10 december 2015, 19 januari 2017 en 19 april 2018, wordt een artikel 160.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 160.2 - Voor de aankoop van informaticadiensten kunnen de centra voor kinderopvang een jaarlijks forfaitair bedrag van hoogstens 17.231,48 euro ontvangen."

Art. 31. In hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 3 september 2015, 10 december 2015, 19 januari 2017 en 19 april 2018, wordt een artikel 160.3 ingevoegd, luidende:

"Art. 160.3 - Voor een beperkte periode kunnen de centra voor kinderopvang subsidie krijgen voor de financiering van een bedrijfsconsulting."

Art. 32. In hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 3 september 2015, 10 december 2015, 19 januari 2017 en 19 april 2018, wordt een artikel 160.4 ingevoegd, luidende:

"Art. 160.4 - Voor een beperkte periode kunnen de centra voor kinderopvang, onder de door de Minister bepaalde voorwaarden, een subsidie krijgen om een tekort aan te zuiveren."

Art. 33. In artikel 205, derde lid, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, worden de woorden "36 maanden" vervangen door de woorden "tot 31 augustus 2025".

Art. 34. In hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 3 september 2015, 10 december 2015, 19 januari 2017 en 19 april 2018, wordt een artikel 205.4 ingevoegd, luidende:

"Art. 205.4 - In afwijking van artikel 92, § 2, eerste lid, is vanaf 1 maart 2020 tot en met 31 augustus 2020 de volgende cumulatieve tabel van toepassing op de subsidiëring van de personeelskosten van de crèche:

Aantal plaatsen in de opvang	Minimumaantal opvangdagen	Subsidiëring aantal voltijds equivalente kinderbegeleiders (invallers inbegrepen)	Subsidiëring aantal voltijds equivalent sociaal-psychologisch geschoold personeel
18	2.772	4,7	0,50
21	3.234	5,5	0,50
24	3.696	6,3	0,75
27	4.158	7,1	0,75
30	4.620	7,9	1
33	5.082	8,7	1
36	5.544	9,5	1,25
39	6.006	10,2	1,25
42	6.468	11,0	1,50
45	6.930	11,8	1,50

Aantal plaatsen in de opvang	Minimumaantal opvangdagen	Subsidiëring aantal voltijds equivalente kinderbegeleiders (invallers inbegrepen)	Subsidiëring aantal voltijds equivalent sociaal-psychologisch geschoold personeel
48	7.392	12,6	1,75

Art. 35. In hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 3 september 2015, 10 december 2015, 19 januari 2017 en 19 april 2018, wordt een artikel 205.5 ingevoegd, luidende:

“*Art. 205.5* - De dienst voor onthaalouders betaalt de kostenvergoeding vermeld in artikel 135, § 1, eerste lid, vanaf 1 januari 2018 uit aan de aangesloten onthaalouders.”

Art. 36. Dit besluit treedt in werking op 15 juli 2021, met uitzondering van:

- 1° artikel 28, 2° en 6°, die uitwerking hebben met ingang van 1 januari 2018;
- 2° artikel 2, 1°, en de artikelen 11 tot 13, die uitwerking hebben met ingang van 1 september 2019;
- 3° artikel 2, 5°, artikel 14, artikel 15, 1° en 2°, artikel 18, artikel 20, artikel 23, artikel 24, artikel 26, artikel 29 en artikel 32, die uitwerking hebben met ingang van 1 januari 2020;
- 4° artikel 28, 3°, dat uitwerking heeft met ingang van 19 juni 2020;
- 5° artikel 2, 3°, artikel 17, artikel 19, 1° en 2°, artikel 21, artikel 28, 1° en 4°, en artikel 30, die uitwerking hebben met ingang van 1 september 2020;
- 6° artikel 28, 5°, artikel 31 en artikel 33, die uitwerking hebben met ingang van 1 januari 2021;
- 7° artikel 2, 2°, artikel 16 en artikel 25, die in werking treden op 1 oktober 2021.

Art. 37. De minister die bevoegd is voor de kinderopvang is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 15 juli 2021.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek
L. KLINKENBERG

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2021/204542]

26. AUGUST 2021 — Erlass der Regierung zur Ausführung des Sportdekrets vom 19. April 2004

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 20;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 7;

Aufgrund des Sportdekrets vom 19. April 2004, Artikel 16 § 2, eingefügt durch das Dekret vom 22. Juni 2020, und Artikel 22 § 1 und 3, abgeändert durch das Dekret vom 22. Juni 2020;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 3. September 2015 zur Festlegung der Förderung von C-Kader, B-Kader und A-Kader Athleten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Gutachtens des Dachverbandes für den Sport in der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 18. Juni 2021;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 25. Juni 2021;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 28. Juni 2021;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 69.979/1/V des Staatsrates, das am 13. August 2021 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Ministers für Sport;

Nach Beratung,

Beschließt:

Kapitel 1 — Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Dachverband: der Dachverband für den Sport in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
2. Dekret: das Sportdekret vom 19. April 2004;
3. Fachbereich: der für Sport zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
4. Minister: der für Sport zuständige Minister der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Kapitel 2 — Fachjury für die Begutachtung der Sportförderkonzepte

Art. 2 - § 1 - Die in Artikel 16 § 2 des Dekrets erwähnte Fachjury setzt sich aus höchstens sieben unabhängigen Mitgliedern zusammen. Bei der Zusammensetzung wird die Erfahrung im Bereich der Sportförderung berücksichtigt.

Die Fachjury wählt einen Vorsitzenden unter ihren Mitgliedern. Der Fachbereich sorgt für das Sekretariat der Jursitzungen.